



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Richard Graupner, Gerd Mannes, Johannes Meier, Benjamin Nolte, Andreas Winhart, Christoph Maier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz“ – Kostentreibenden Zwangsausbau begrenzen, grundlastfähige Kraftwerksleistung reaktivieren und technologieoffenen Energiemix wiederherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein ressortübergreifendes Sofortprogramm „Bayern günstiger und sicherer ans Netz“ aufzulegen, mit dem die bayerische Energieversorgung wieder vorrangig an Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Netzstabilität, Technologieoffenheit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet wird.

Der weitere Ausbau der Stromnetze soll auf die Maßnahmen begrenzt werden, die für die Versorgungssicherheit, die Modernisierung bestehender Netze und konkrete wirtschaftliche Ansiedlungen tatsächlich erforderlich sind.

Hierzu wird die Staatsregierung aufgefordert,

- die in Bayern geplanten Stromnetz-, Umspannwerks- und Netzanschlussvorhaben daraufhin zu überprüfen, welche Maßnahmen auch bei einem höheren Anteil verbrauchsnahe, grundlastfähiger und regelbarer Stromerzeugung notwendig wären und welche Kosten ausschließlich oder überwiegend durch den politisch erzwungenen Ausbau wetterabhängiger Stromerzeugung entstehen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - der gesetzlich erzwungene Ausbau volatiler Stromerzeugung beendet und durch einen technologieoffenen Ordnungsrahmen ersetzt wird,
 - die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiederinbetriebnahme geeigneter Kernkraftwerke geschaffen und die Reaktivierung beziehungsweise der Wiederaufbau der bayerischen Kernreaktoren Isar 2, Gundremmingen B, Gundremmingen C und Grafenrheinfeld unverzüglich technisch, atomrechtlich und wirtschaftlich geprüft wird,
 - der Kohleausstieg aufgehoben, eine sichere und diversifizierte Erdgasversorgung gewährleistet und der Neubau regelbarer Kraftwerke ermöglicht wird,
 - die nationale CO₂-Bepreisung aufgehoben und auf europäischer Ebene auf eine Rücknahme verteuender CO₂-Bepreisungs- und Dekarbonisierungsvorgaben hingewirkt wird, im eigenen Zuständigkeitsbereich die Potenziale der Wasserkraft, der Biogaseinspeisung und der flexiblen Verstromung von Biogas zu erschließen sowie Forschung, Ausbildung und industrielle Wertschöpfung im Bereich der Kerntechnik auszubauen,
- dem Landtag innerhalb von sechs Monaten einen Kostenvergleich zwischen
 - dem Netzausbau- und Systemkostenbedarf der gegenwärtigen Energiewendepolitik und

- einem technologieoffenen Energiemix einschließlich der Reaktivierung der vier bayerischen Kernreaktoren

vorzulegen und dabei insbesondere die Auswirkungen auf Strompreise, Netzentgelte, Versorgungssicherheit, gesicherte Leistung und industrielle Wettbewerbsfähigkeit darzustellen.

Begründung:

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER fordert unter der Bezeichnung „Sofortprogramm ‚Bayern schneller ans Netz‘“ die beschleunigte Modernisierung und Verstärkung bestehender Leitungen und Umspannwerke sowie den Bau zusätzlicher Netzinfrastruktur. Damit werden lediglich die kostspieligen Folgeprobleme einer verfehlten Energiepolitik verwaltet, anstatt deren Ursachen zu korrigieren.

Eine weitere Verteuerung der Energieversorgung ist wirtschaftlich und sozial nicht tragbar. Der „Global Wealth Report 2026“ der UBS beziffert das Medianvermögen in Deutschland für 2025 auf umgerechnet rund 47.300 Euro je Erwachsenen. Unter Zugrundelegung des inflationsbereinigten Rückgangs um 19,87 Prozent seit 2020 sank es innerhalb von fünf Jahren von rund 59.100 Euro um etwa 11.700 Euro. Gleichzeitig lag der durchschnittliche Haushaltsstrompreis nach Angaben der Bundesnetzagentur im Jahr 2025 bei rund 43 Cent je Kilowattstunde. Deutschland gehörte damit nach der Erhebung von GlobalPetrolPrices zu den fünf Staaten mit den höchsten Haushaltsstrompreisen weltweit.

Die Gesamtkosten der Energiewende übersteigen die Belastbarkeit von Bürgern und Wirtschaft. PricewaterhouseCoopers bezifferte den erforderlichen Investitionsbedarf bis 2045 auf insgesamt rund 13,2 Bio. Euro beziehungsweise durchschnittlich rund 600 Mrd. Euro pro Jahr.

Allein für den bundesweiten Stromnetzausbau bis 2045 ermittelte eine Untersuchung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln einen Investitionsbedarf von rund 732 Mrd. Euro. Davon entfallen rund 431 Mrd. Euro auf die Verteilnetze und rund 301 Mrd. Euro auf die Übertragungsnetze. Die Netzentgelte der privaten Haushalte könnten dadurch gegenüber 2023 um rund 18 Cent je Kilowattstunde steigen und sich mehr als verdoppeln.

Hinzu kommen fortlaufende Kosten zur Stabilisierung des Stromsystems. Nach Angaben der Bundesnetzagentur stiegen die Kosten der Netzengpassmanagementmaßnahmen von rund 200 Millionen Euro im Jahr 2014 auf rund 3,1 Mrd. Euro im Jahr 2025. Diese Kosten werden über die Netzentgelte von Haushalten und Unternehmen getragen.

Auch in Bayern erreichen die Investitionen eine erhebliche Größenordnung. Nach Angaben der Bayernwerk Netz GmbH beläuft sich das Investitionsvolumen für den Ausbau, die Modernisierung und die Digitalisierung des bayerischen Verteilnetzes in den Jahren 2024 bis 2030 auf rund 15,1 Mrd. Euro. Für SuedLink werden nach der Antwort der Bundesregierung auf die Bundestagsdrucksache 21/2519 weitere Plankosten von rund 13,6 Mrd. Euro angegeben. Die öffentlich ausgewiesenen Investitions- und Projektvolumina mit unmittelbarem Bayernbezug erreichen damit eine Größenordnung von insgesamt rund 28,7 Mrd. Euro, wobei mögliche Abgrenzungs- und Überschneidungseffekte zu berücksichtigen sind.

Der Netzausbau verursacht zudem erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft. Nach der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 19/3018 wurden zwischen 2013 und 2023 für Stromleitungen in Bayern rund 171 Hektar Wald gerodet. Die Schutzstreifen von SuedLink und SuedOstLink umfassen zusammen überschlägig rund 2 486 Hektar beziehungsweise eine Fläche von etwa 3 500 Fußballfeldern.

Diesen Kosten steht eine wesentlich günstigere Möglichkeit gegenüber: Die Radiant Energy Group veranschlagt die Reaktivierung beziehungsweise den Wiederaufbau von Isar 2, Gundremmingen B, Gundremmingen C und Grafenrheinfeld auf rund 10,1 Mrd. Euro. Die vier Reaktoren könnten zusammen rund 5,4 Gigawatt regelbare Leistung und jährlich etwa 42,7 Terawattstunden Strom bereitstellen. Dem steht in

Bayern ein öffentlich ausgewiesenes Investitions- und Projektvolumen allein für Bayernwerk und SuedLink von rund 28,7 Mrd. Euro gegenüber. Die Reaktivierung wäre damit rechnerisch rund 18,6 Mrd. Euro beziehungsweise 64,8 Prozent günstiger.

Auf Bundesebene beziffert die Radiant Energy Group die Reaktivierung beziehungsweise den Wiederaufbau von 14 deutschen Kernreaktoren mit zusammen rund 18,7 Gigawatt Leistung auf etwa 39,3 Mrd. Euro. Diese könnten jährlich rund 147 bis 150 Terawattstunden regelbaren Strom erzeugen. Den Reaktivierungskosten stehen geschätzte Netzausbaukosten von rund 732 Mrd. Euro bis 2045 gegenüber. Die Reaktivierung wäre damit rund 692,7 Mrd. Euro beziehungsweise 94,6 Prozent günstiger; die Netzausbaukosten sind etwa 18,6-mal so hoch.

Auch ein technologieoffenes Energiesystem benötigt leistungsfähige und moderne Stromnetze. Verbrauchsnahe, regelbare und grundlastfähige Kraftwerke können jedoch den zusätzlichen Ferntransportbedarf, Netzengpässe, Redispatchkosten und den Bedarf an Reserveleistung erheblich reduzieren. Bayern benötigt deshalb keinen immer weiter beschleunigten Zwangsausbau volatiler Stromerzeugung und der hierfür erforderlichen Netzinfrastuktur, sondern einen technologieoffenen Energiemix aus Kernkraft, Kohle- und Gaskraftwerken, Wasserkraft, Biogas sowie wirtschaftlich und netztechnisch vertretbarer Wind- und Solarenergie. Bayern muss nicht um jeden Preis schneller an ein immer teureres Energiesystem angeschlossen, sondern günstiger, sicherer und wirtschaftsfreundlicher mit Energie versorgt werden.